

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 57 (2001)
Heft: 2

Artikel: Angriffe auf die Gleichstellungsbüros
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-844995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ANGRIFFE AUF DIE GLEICHSTELLUNGSBÜROS

Auf allen Ebenen blasen SVP-Vertretungen zum Angriff auf die Gleichstellungsbüros. Ueberflüssig und zu teuer seien sie, lautet der Refrain, den ausgerechnet eine Partei vorbringt, die selber weit davon entfernt ist, eine angemessene Frauenvertretung in die Parlamente abzuordnen.

Im SVP-Pressedienst vom 17. April 2001 ärgert sich Silvia Bär, wissenschaftliche Mitarbeiterin im SVP-Generalsekretariat, über die Vernehmlassung zum UNO-Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen. Wie alle Parteien wurde auch die SVP zu einer Stellungnahme in der Vernehmlassung eingeladen. Der Berichtsentwurf, den eine interdepartementale Arbeitsgruppe zusammengestellt hatte, beschreibt die Situation sowie die ergriffenen und zu ergreifenden Massnahmen in der Schweiz.

GEGEN UNO UND GLEICHSTELLUNGSBÜRO

Geht es beim Unmut der Frau Bär tatsächlich um die Gleichstellung der Geschlechter oder muss das Gleichstellungsbüro für den Abstimmungskampf in Sachen UNO-Beitritt herhalten? Die Schweiz wird als "Mustermädchen im bürokratischen Umgang mit solchen Konventionen" hingestellt. "Da sind über 170 Länder aufgeführt, die sicherlich alle wie die Schweiz einem Gleichstellungsbüro über 6 Mio Franken jährlich zur Verfügung stellen, um die bereits existierende Nicht-Diskriminierungs-Gesetzgebung des betreffenden Landes in der Praxis durchzusetzen. Erstaunlich ist dann bloss die Tatsache, dass zwar viele totalitäre Staaten dieses Abkommen unterschrieben habe, nicht aber die USA."

Dazu ein Kommentar: Die USA haben tatsächlich in ihrer Verfassung die Gleichstellung nicht festgeschrieben. Das Amendement scheiterte an der Ratifizierung durch die einzelnen Staaten und bedeutete eine riesige Niederlage der amerikanischen Frauenbewegung.

KURZER KOMMENTAR DER SVP

“Die SVP ist erstaunt über das Bedürfnis des Eidg. Büros für Gleichstellung von Frau und Mann, zu einem 124-seitigen Berichtsentswurf eine solche Vielzahl von Organisationen Stellung nehmen zu lassen. Dieses Vorgehen zeugt unseres Erachtens von einer Ueberbewertung des Themas und einer Hyperaktivität. Der Gleichstellungsanspruch ist verfassungsrechtlich und bundesgesetzlich verankert und grösstenteils auch verwirklicht worden. Ein spezielles eidgenössisches Büro für Gleichstellungsfragen ist unseres Erachtens überflüssig. Aus diesem Grund fordert die SVP, dass das Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann aufgehoben wird.” Mit dieser Antwort erspart sich die SVP zumindest eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Papier.

NACHDOPPELN AUF BERNER GEMEINDEEBENE

Fürsprecher Rudolf Friedli, Stadtrat Junge SVP Bern, stösst ins gleiche Horn (Die Idee, Zeitung der Jungen SVP), im Berner Gemeinderat forderte er die Auflösung der Fachstelle für Gleichstellung. Seine Begründung: “Nationale Politikerinnen und Politiker aller politischen Richtungen haben erkannt, dass Gleichstellungsbüros nur Geld kosten und keine messbaren Erfolge vorweisen können. Daher wird in diesen Büros vor allem Gleichstellungspolitik betrieben, wobei anders als bei Politikern, keine Abwahlmöglichkeit durch die Bevölkerung besteht.” (Tja, dass Gleichstellungsbüros Gleichstellungspolitik betreiben, dürfte man ihnen kaum zum Vorwurf machen.) Friedli missfällt insbesondere das Projekt zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Bau- und Planungsbranche, das von unserem Dachverband SVF/ADF mitgetragen wird. “Frauen sind an körperlich schwerer Arbeit generell nicht stark interessiert. Es wird somit viel Geld eingesetzt für Projekte, die letztlich nur wenige Frauen interessieren,” gibt Rudolf Friedli zu bedenken.

Gewisse Putz- und Landwirtschaftsarbeiten sind ebenfalls körperliche Schwerarbeit. Ob sich Rudolf Friedli bei Hausfrauen und Bäuerinnen zuvor erkundigte, ob sie dieser Krampf

tatsächlich "interessiert"? Die Besetzung von Lehrstühlen an Universitäten betrifft ihrerseits nur wenige Frauen und ganz sicher nicht Ottoline Normalverbraucherin. Trotzdem versuchen wichtige Schweizer Gremien seit Jahren, den weiblichen akademischen Nachwuchs zu fördern, weil sich unser Land nicht leisten kann, auf diese Talente zu verzichten. Aber eben: "Im Zeitalter so genannt wirkungsorientierter Verwaltung hat ein solches Gleichstellungsbüro keine Existenzberechtigung."

KURZNACHRICHTEN

ZÜRCHER FRAUENHOTEL

Die "Irish Times" vom 30. März 2001 berichtet in einem ausführlichen Artikel über die Eröffnung des Zürcher Frauenhotels "Lady's First". Zum Vergleich lässt die Journalistin Nicole Veash irische Hoteliers zu Wort kommen; diese beurteilen ihr Angebot als genügend frauenfreundlich. Beispielsweise achten sie darauf, dass Frauen ihr Zimmer gleich beim Lift und nicht am Ende eines langen, dunkeln Korridors bekommen, an gewissen Orten können die Frauen ihr Essen vorgängig im Zimmer bestellen und brauchen dann im Speisesaal nicht lange darauf zu warten. "Für die meisten Vertreter der irischen Tourismusindustrie ist Zürichs Frauenhotel zu radikal, zu nischenorientiert. Vielleicht wird in Zukunft die Idee, Hotels für bestimmte Bevölkerungskreise zu führen, beliebter werden," schliesst Veash ihre Reportage.

JUGENDGEWALT

Seit Beginn der Neunzigerjahre nahm die Gewaltbereitschaft Jugendlicher deutlich zu. Zwar handelt es sich bei den gewalttätigen Jugendlichen unter 18 Jahren weiterhin vorwiegend um männliche Täter, doch scheinen sich die Mädchen zu "emanzipieren" und holen in diesem unerfreulichen Bereich auf: Rund 22% der Knaben und 7% der Mädchen übten gemäss einer soziologischen Untersuchung der ETH im Vorjahr ein- oder mehr-